



Republik
Österreich
Patentamt

(11) Nummer: **AT 395 686 B**

(12)

PATENTCHRIFT

(21) Anmeldenummer: 2442/90

(22) Anmeldetag: 3.12.1990

(42) Beginn der Patentdauer: 15. 7.1992

(45) Ausgabetag: 25. 2.1993

(51) Int.Cl.⁵ : ~~B09B~~ 3/00
C12P 1/00

(56) Entgegenhaltungen:

EP-A1-413947 EP-A2-340177 WO 90/07992

(73) Patentinhaber:

RANNER DIETRICH DIPL.ING.
A-5301 EUGENDORF, SALZBURG (AT).

(54) VERFAHREN UND VORRICHTUNG ZUM INJIZIEREN SAUERSTOFFHALTIGER GASE

(57) Die Erfindung betrifft ein Verfahren zum Injizieren sauerstoffhaltiger Gase, insbes. Luft, zu kontaminiertem, körnigem oder stückigem Material, z.B. in Mülldeponien, wobei das sauerstoffhaltige Gas intermittierend, insbes. mit einer Frequenz von 1/30 bis 1/10 Hz, unter hohem Druck, z.B. im Bereich zwischen 2 bis 10 bar, schlagartig in das kontaminierte Material eingeblasen (eingeschossen) wird, wobei die Dauer eines Einblasevorganges bevorzugt im Millisekundenbereich liegt, sowie eine Vorrichtung zur Durchführung dieses Verfahrens.

AT 395 686 B

Bei Großkompostieranlagen für städtischen Abfall wurde es bekannt (EP-A2-340 177), in einem tunnelartigen Behälter von 100 m Länge und einem Querschnitt von $6 \times 6 \text{ m}^2$, mittels Belüftungs-, Entlüftungs- und Befeuchtungseinrichtungen einen kontinuierlichen Rotteprozeß aufrechtzuerhalten. Der Müll wird dabei unsortiert aufgegeben, da die Abtrennung nicht verrottbarer Müllanteile vom durch den Rotteprozeß entstandenen Kompost leicht durchgeführt werden kann. Über spezielle, nicht näher beschriebene Einrichtungen wird unter leichtem Überdruck Luft dem Müll zugeführt.

Das bekannte Verfahren dient sohin der kontinuierlichen Behandlung von Frischmüll in einer geschlossenen Anlage.

Demgegenüber betrifft die Erfindung ein Verfahren zum Injizieren sauerstoffhaltiger Gase, insbes. Luft, zu kontaminiertem, körnigem oder stückigem Material, z. B. in Mülldeponien.

Kontaminierte Böden, Altlasten an Industriestandorten und aufgelassene Hausmülldeponien stellen Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt dar. Die Sanierung dieser Standorte erfolgte bisnun überwiegend durch Ausräumen, Reinigen oder neuerliches Deponieren an gesicherten Standorten. Diese „off situ“-Verfahren sind sehr aufwendig und entsprechend teuer.

Wesentlich günstiger würden sich biologische „in situ“-Sanierungsverfahren stellen, bei denen der kontaminierte Bereich selbst als Bioreaktor bearbeitet und Schadstoffe bakteriell abgebaut werden.

Durch die WO 90/07992 wurde ein Verfahren zur biologischen Reinigung von Böden, die z. B. als langjähriger Standort einer Industrieanlage mit biologisch abbaubaren Schadstoffen verseucht wurden, bekannt. Dabei wird der kontaminierte Boden ausgekoffert und bevorzugt durch Zumischen von gebrochenem Beton (Bauschutt) zu einem gut durchlüftbaren Körper aufbereitet. Das aufbereitete Material wird auf präpariertem Untergrund zu Regenerationsmieten zwischen 2 und 3 m Höhe aufgeschichtet. Die Mieten werden während des mikrobiologischen Schadstoffabbaus entweder durch Einblasen von Luft oder durch Absaugen der Deponiegase mit Sauerstoff versorgt, wobei die gleichmäßige Durchlüftung durch ein Netz von Rohren im Deponiekörper sichergestellt werden soll. Nach dem bekannten Verfahren werden unter großem Aufwand Schadstoffe aerob abgebaut. Das Erdreich muß dabei jedoch ausgekoffert und so aufbereitet werden, daß auch bei druckloser Sauerstoffzufuhr ausreichend Sauerstoff zu den Schadstoffen gelangt. Es ist hierbei eine gesicherte Deponiefläche zu errichten, so daß die Aufbereitung von Altdeponien praktisch nicht möglich ist, weil solche Deponien nicht geöffnet werden dürfen, da sonst übelriechende Stoffe und giftige Gase in die Umwelt gelangen können.

Durch die EP-A1 0 413 947 wurde ein Verfahren zur Reinigung von schadstoffhaltigen Böden bekannt, bei dem ohne Transport des Bodens an die Bodenoberfläche eine Auflockerung des Bodengefüges mittels einer unter hohem Druck eingebrachten Flüssigkeit fortschreitend jeweils innerhalb mindestens eines weitgehend zylindrischen Bodenkörpers erfolgt. Außer zur Auflockerung des Bodens dient die Flüssigkeit als Träger- und Transportmedium für mindestens einen den jeweiligen Schadstoff an Ort und Stelle (in situ) abbauenden und/oder umwandelnden Wirkstoff. Der Wirkstoff kann ein chemisches Mittel sein, das mit den Schadstoffen zu harmlosen Verbindungen reagiert, oder ein biologischer Nährstoff etc., der die Beseitigung der Schadstoffe direkt im Boden ermöglicht. Die für biologische Maßnahmen notwendige Sauerstoffzufuhr erfolgt meist über H_2O_2 mit dem Problem der Toxizität für Bakterien. Das bekannte Sprühverfahren ist zur Behandlung von Altdeponien nicht geeignet und kann auch in gewachsenen Böden nur dann eingesetzt werden, wenn eine Gefährdung des Grundwassers durch die in den Boden eingebrachte Flüssigkeit und den zugesetzten Wirkstoff nicht möglich ist.

Neben boden- und schadstoffspezifischen Problemen war es bisher nicht möglich, im gesamten kontaminierten Bereich die für biologische Verfahren notwendigen aeroben Verhältnisse sicherzustellen. Versuche durch Einpumpen von Wasserstoffperoxyd (H_2O_2) und Nitrat (NO_3) oder durch Einblasen von Luft aerobe Verhältnisse herzustellen, brachten nur Teilerfolge, da große Bereiche der kontaminierten Böden von der Sauerstoffzufuhr abgeschnitten blieben und daher am biologischen Abbauprozess nicht teilnehmen konnten. Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß die Sauerstoffträger vorwiegend in Klüfte und durchlüftbare Zonen der Böden eindringen, wobei durch den einsetzenden Rotteprozeß regelrechte Belüftungskanäle entstehen, dichtgelagerte Zonen der Böden, mangels entsprechenden Drucks, jedoch keinen Sauerstoff erhielten.

Hier Abhilfe zu schaffen, ist eines der Ziele der Erfindung. Vorgeschlagen wird hiezu, daß erfindungsgemäß das sauerstoffhaltige Gas intermittierend, insbes. mit einer Frequenz von 1/30 bis 1/10 Hz, unter hohem Druck, z. B. im Bereich zwischen 2 bis 10 bar, schlagartig in das kontaminierte Material eingeblasen (eingeschossen) wird, wobei die Dauer eines Einblasevorganges bevorzugt im Millisekundenbereich liegt.

Gemäß der erfindungsgemäßen Vorgangsweise wird, im Gegensatz zur bisher üblichen Methode, die Luft nicht kontinuierlich und mit bloß geringem Überdruck (0,1 - 0,3 bar) in das Erdreich oder die Mülldeponie eingeblasen, sondern intermittierend pulsierend und unter wesentlich höheren Drücken (2 - 10 bar) quasi eingeschossen. Die Gesamtluftmenge bleibt jedoch gegenüber der bisher angewandten Methode gleich, der Impuls ist jedoch bei dem im Bereich von Millisekunden ablaufenden Einblasvorgang so groß, daß, unbeschadet von eventuell vorhandenen Klüften und porösen Bereichen, die Luft auch in dicht gelagerte Zonen des kontaminierten Bodens problemlos eindringt. Damit können im gesamten kontaminierten Bereich aerobe Verhältnisse erreicht werden.

Als sauerstoffhaltiges Gas ist es besonders zweckmäßig, mit Sauerstoff angereicherte Luft zu verwenden. Die durch das schlagartige Zuführen des sauerstoffhaltigen Gases aus dem kontaminierten Material verdrängten Gase werden lokal abgesaugt.

Werden zur Gaszufuhr Lanzen verwendet, kann die explosionsartige Zufuhr des Gases dadurch erreicht werden, daß man sich einer Vorrichtung bedient, die sich dadurch auszeichnet, daß erfindungsgemäß die Lanze an einem Ende durch die Stirnfläche eines Kolbens verschließbar ist, der entgegen dem Druck einer Feder in einem Zylinder hin- und herbewegbar, insbesondere gleitbar gelagert ist, der über eine, bevorzugt den Kolben durchsetzende Öffnung, mit dem Innenraum eines Windkessels in Verbindung steht, wobei der Kolbenboden in dem der Öffnung der Lanze gegenüberliegenden Bereich mit Bohrungen versehen ist, die in einen im Inneren des Kolbens befindlichen Raum führen, der über eine, durch eine Feder belastete Ventilplatte verschließbare Öffnung mit dem Hubraum des Zylinders des Kolbens verbindbar ist. Diese Vorrichtung gestattet es, das Innere der Lanze plötzlich mit dem Druckraum des Windkessels für nur kurze Zeit zu verbinden und dadurch das sauerstoffhaltige Gas schlagartig aus dem Windkessel abzuführen und über die Lanze in den kontaminierten Boden zu injizieren.

In weiterer Ausgestaltung der erfindungsgemäßen Vorrichtung kann vorgesehen werden, daß die Lanze in den Windkessel dicht eingesetzt ist, wobei das die Ausblaseperforationen aufweisende Endstück der Lanze außerhalb des Windkessels angeordnet ist. Hierbei wird jede Lanze von einem ihr zugeordneten Windkessel unmittelbar versorgt, so daß jeder Lanze eine ausreichende Speicherkapazität an sauerstoffhaltigem Gas zur Verfügung steht.

Die Belastung der Ventilplatte kann in einfacher Weise verändert werden, wenn in weiterer Ausgestaltung der Erfindung die durch die Ventilplatte verschließbare Öffnung in einem, in den Kolben eingesetzten, bevorzugt in axialer Richtung des Kolbens verstellbaren Dichtring angeordnet ist. Damit ist es möglich, den Druck, bei dessen Erreichen die Ventilplatte öffnet, zu regulieren. Diese Regulierung kann einfach vorgenommen werden, wenn der Dichtring in den Kolben eingeschraubt ist. Zur Verbesserung der schlagartigen Gaszufuhr in den kontaminierten Boden ist es von Vorteil, wenn in besonderer Ausgestaltung der Erfindung der Kolben die Lanze seitlich überragt. Hiedurch steht für den in Richtung der Öffnungsbewegung des Kolbens wirkenden Druck des Gases im Windkessel eine große Angriffsfläche zur Verfügung, wodurch die in Schließrichtung wirkende Kraft der den Kolben belastenden Feder rasch überwunden wird und der Kolben sich in die Öffnungsstellung bewegt.

Einem raschen Öffnen des die Lanze verschließenden Kolbens ist es förderlich, wenn der Gesamtquerschnitt der im Boden des Kolbens angeordneten Bohrungen, die den Innenraum der Lanze mit dem Raum im Kolben verbinden, größer ist als der Querschnitt der Öffnung, über welche der Hubraum im Zylinder mit dem Windkessel verbunden ist. Um den Kolben verschleißfrei im Zylinder zu bewegen, ist es zweckmäßig, wenn in besonderer Gestaltung der Erfindung, der Kolben über eine Rollmembran mit dem Zylinder verbunden ist.

Eine gezielte Abfuhr der verdrängten Gase ist erreichbar, wenn hierfür an eine Saugpumpe angeschlossene Lanzen vorgesehen sind, wobei gegebenenfalls die Saugpumpe auslaßseitig an ein Filter angeschlossen ist. Ist ein Filter vorgesehen, so kann ein etwaiger Schadstoffausstoß weiter reduziert werden.

Die Erfindung wird nachstehend anhand der Zeichnung beispielsweise näher erläutert. Es zeigen, Fig. 1 teilweise im Schnitt, eine zur Ausübung des erfindungsgemäßen Verfahrens geeignete Vorrichtung, Fig. 2, in gegenüber Fig. 1 größerem Maßstab, ein Detail aus Fig. 1 in einem Achsschnitt, Fig. 3 das Detail aus Fig. 2 in einer gegenüber Fig. 2 geänderten Lage, Fig. 4 schematisch eine Anlage zur Belüftung von Müll unter Anwendung des erfindungsgemäßen Verfahrens und der in den Fig. 1 bis 3 gezeigten Vorrichtung, und Fig. 5 eine gegenüber den Fig. 2 und 3 abgeänderte Variante.

In der Zeichnung ist mit (1) ein Windkessel mit Druckluftanschluß (2) bezeichnet. Aus dem Windkessel (1) wird eine Lanze (3) mit Druckluft oder einem anderen sauerstoffhaltigen Gas versorgt. Die Lanze (3) ist mit einem perforierten Endstück (4) ausgerüstet. Durch die Perforationen dieses Endstückes wird das sauerstoffhaltige Gas nach außen abgegeben. Die Lanze (3) besitzt ein dicht durch die Windkesselwand hindurchgeführtes Rohrstück (5). Das Rohrstück (5) ist mit dem Endstück (4) außerhalb des Windkessels (1) über eine Schraubverbindung (35) verbunden. Das Rohrstück (5) und damit die Lanze (3) wird durch einen Kolben (6), welcher auf der als Dichtungsfläche ausgebildeten ringförmigen Stirnfläche (7) des Rohres (5) aufliegt, abgedichtet. Der Kolben (6) ist Teil eines Schnellentlüftungsventils (8), das, wie im folgenden beschrieben wird, so eingerichtet ist, daß der Kolben (6) bei Erreichen eines einstellbaren Drucks im Windkessel (1) schlagartig zurückspringt und den gesamten Durchgangsquerschnitt des Rohrstückes (5) freigibt, so daß das sauerstoffhaltige, im Windkessel (1) unter Druck gespeicherte Gas explosionsartig über das perforierte Ende der Lanze (3) entweicht. Sobald der Druck im Windkessel abgefallen ist, verschließt der Kolben (6), der unter dem Druck einer in Schließrichtung wirkenden Feder (9) steht, wieder die Öffnung des Rohres (5), bis der eingestellte Druck im Windkessel (1) wieder erreicht ist und die nächste Entleerung explosionsartig erfolgt.

Das Schnellentlüftungsventil (8) in einer bevorzugten Ausführung ist aus Fig. 2 in der Stellung „geschlossen“ ersichtlich, und Fig. 3 veranschaulicht die Stellung „offen“.

Der Kolben (6) ist in einem Zylinder (10) hin- und herbeweglich, der konzentrisch zum Rohrstück (5) der Lanze

(3) in den Kesselboden (11) eingelassen und mit diesem verschweißt ist. Der Kolben (6), die Stirnfläche (7) des Rohres (5), die Feder (9) und der Zylinder (10) bilden das eigentliche Schnellentlüftungsventil (8). Der Kolben (6) kann, wie dies die Fig. 2 und 3 näher zeigen, im Zylinder (10) gleiten, jedoch kann die Bewegung des Kolbens (6) auch verschlußfrei erfolgen, wenn - wie dies Fig. 5 zeigt - der Kolben (6) über eine Rollmembran (41) mit dem Zylinder (10) verbunden ist.

In den Kolben (6) ist ein Plattenventil (12) zur Steuerung der Bewegung des Kolbens (6) eingelassen. Das Plattenventil (12) besteht aus einem mittels Gewinde (22) im Kolben (6) axial verstellbaren Dichtring (13), einer Ventilplatte (14) und einer Feder (15), die bestrebt ist, die Ventilplatte (14) in einer Stellung zu halten, in der sie eine zentrale Durchgangsöffnung (17) des Dichtringes (13) verschließt.

Wird der Windkessel mit dem unter Druck stehenden, sauerstoffhaltigen Gas, z. B. Luft, gefüllt, so befindet sich der Kolben (6) des Schnellentlüftungsventils (8) in der Ausgangsstellung nach Fig. 2. Über eine (gegebenenfalls mehrere) den Kolben (6) durchsetzende Öffnungen (16) gelangt das Gas auch in den über dem Kolben (6) befindlichen Hubraum (34), in welchem sich die Feder (9) befindet. Da das Plattenventil (12) ebenfalls geschlossen ist und sich im Rohrstück (5) und damit in der Lanze (3) nur ein geringer Überdruck von 0,1 - 0,3 bar befindet, wird der Kolben (6) fest auf die Stirnfläche (7) des Rohres (5) gedrückt, bis der Druck im Hubraum (34) so weit angestiegen ist, daß die Ventilplatte (14) des Plattenventils (12) öffnet, wodurch der Druck im Raum über dem Kolben (6) entlüftet wird. Dies ist trotz der Öffnung (16) möglich, da der Öffnungsquerschnitt des Plattenventils um ein Vielfaches größer ist als der der Öffnung (16). Außerdem wird im Moment des Öffnens nicht nur die Ventilplatte (14) in einem dem Querschnitt der Öffnung (17) des Dichtringes (13) entsprechenden Ausmaß mit Druck beaufschlagt, sondern die wesentlich größere Fläche der gesamten Ventilplatte (14). Dadurch bleibt das Plattenventil (12) trotz Druckabfalls im Hubraum (34) offen (Fig. 3) und das Gas kann über die Bohrungen (18) (ca. 6 Stk) aus dem Raum (33) im Kolben (6) in das Rohrstück (5) entweichen. Der Kolben (6) wird dadurch auf der Seite seiner Feder (9) entlastet und durch den auf der Ringfläche (19) lastenden Luftdruck in den Zylinder (10) getrieben (Fig. 3), wodurch eine ringförmige Öffnung (20) entsteht, deren Fläche größer ist als die Querschnittsfläche des Rohrstückes (5) bzw. der Lanze (3). Das im Windkessel (1) unter Druck stehende Gas kann daher explosionsartig über die Perforation (4) der Lanze (3) in das Erdreich bzw. in die Deponie entweichen. Die Ringfläche (19) wird dadurch geschaffen, daß der Kolben (6) seitlich gegenüber der Stirnfläche des Rohrstückes (5) vorsteht. Um den Abblasedruck einzuregulieren, ist der Dichtring (13) des Plattenventils (12) mittels des Gewindes (22) axial verstellbar am Kolben (6) angeordnet, wodurch die Feder (21), welche die Ventilplatte (14) belastet, mehr oder weniger vorgespannt werden kann. Dadurch verändert sich der Öffnungsdruck des Plattenventils (12), der zwischen ca. 2 und 10 bar eingestellt werden kann. Die Anzahl der Schüsse, die pro min abgegeben werden können, hängt daher von der pro Zeiteinheit zugeführten Luftmenge und vom eingestellten Öffnungsdruck des Plattenventils (12) ab. Sie liegt im Regelfall zwischen 2 und 6 Schüssen pro min.

Fig. 4 zeigt das Fließbild einer Belüftungsanlage, die mit erfindungsgemäßen Lanzen (3) zur Aerobisierung einer Hausmülldeponie ausgestattet ist. Die in der Zeichnung mit (36) bezeichnete, zu entsorgende Müllschicht bedeckt den Mutterboden (37) und ist oben durch eine Erdschicht (38) abgedeckt, auf welche Humus (39) aufgezogen ist.

Die Lanzen (3) mit ihren Windkesseln (1) sind über ein Rohrsystem (23) mit einem Druckluftkompressor (25) verbunden, der über einen Pufferwindkessel (24) die Lanzen (3) mit Druckluft versorgt. Zur Abstimmung der Druckluftversorgung können Druckminderventile (26) den Lanzen (3) vorgeschaltet werden.

Ist eine Sauerstoffanreicherung erforderlich, so kann O_2 aus einer O_2 -Anlage (40) einer Mischkammer (28) zugeführt und der Druckluft dosiert zugemischt werden.

Die Deponiegase, die durch die Erdschicht (38) und den Humusauftrag (39) nur in geringem Maße abziehen können, werden über Sauglanzen (27), einem Leitungsnetz (30) und einer Saugpumpe (29) abgesaugt und einem Biofilter (31) zugeführt.

In Fig. 4 ist die durch die explosionsartige Zufuhr des sauerstoffhaltigen Gases verursachte kugelförmige Schockwelle (32) eingezeichnet, die den gesamten Deponiebereich rund um die jeweilige Lanze (3) erfaßt und dadurch die Sauerstoffzufuhr im ganzen Müllkörper sicherstellt.

PATENTANSPRÜCHE

1. Verfahren zum Injizieren sauerstoffhaltiger Gase, insbes. Luft, zu kontaminiertem, körnigem oder stückigem Material, z. B. in Mülldeponien, dadurch gekennzeichnet, daß das sauerstoffhaltige Gas intermittierend, insbes. mit einer Frequenz von 1/30 bis 1/10 Hz, unter hohem Druck, z. B. im Bereich zwischen 2 bis 10 bar, schlagartig in das kontaminierte Material eingeblasen (eingeschossen) wird, wobei die Dauer eines Einblasevorganges bevorzugt im Millisekundenbereich liegt.

2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß als sauerstoffhaltiges Gas mit Sauerstoff angereicherte Luft eingeblasen wird.

5 3. Verfahren nach Anspruch 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, daß die durch das schlagartige Zuführen des sauerstoffhaltigen Gases aus dem kontaminierten Material verdrängten Gase lokal abgesaugt werden.

10 4. Vorrichtung zur Durchführung eines Verfahrens nach einem der Ansprüche 1 bis 3, unter Verwendung von Lanzen zum Einblasen der sauerstoffhaltigen Gase, dadurch gekennzeichnet, daß die Lanze (3) an einem Ende durch die Stirnfläche eines Kolbens (6) verschließbar ist, der entgegen dem Druck einer Feder (9) in einem Zylinder (10) hin- und herbewegbar, gegebenenfalls gleitbar gelagert ist, der über eine, bevorzugt den Kolben (6) durchsetzende Öffnung (16) mit dem Innenraum eines Windkessels (1) in Verbindung steht, wobei der Kolbenboden in dem der Öffnung der Lanze (3) gegenüberliegenden Bereich mit Bohrungen (18) versehen ist, die in einen im Inneren des Kolbens befindlichen Raum (33) führen, der über eine, durch eine Feder (21) belastete Ventilplatte (14) verschließbare Öffnung (17) mit dem Hubraum (34) des Zylinders (10) des Kolbens (6) verbindbar ist.

15 5. Vorrichtung nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Lanze (3) in den Windkessel (1) dicht eingesetzt ist, wobei das die Ausblaseperforationen aufweisende Endstück (4) der Lanze (3) außerhalb des Windkessels (1) angeordnet ist.

20 6. Vorrichtung nach Anspruch 4 oder 5, dadurch gekennzeichnet, daß die durch die Ventilplatte (14) verschließbare Öffnung (17) in einem, in den Kolben (6) eingesetzten, bevorzugt in axialer Richtung des Kolbens (6) verstellbaren Dichtring (13) angeordnet ist.

25 7. Vorrichtung nach Anspruch 6, dadurch gekennzeichnet, daß der Dichtring (13) in den Kolben (6) eingeschraubt ist.

8. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 4 bis 7, dadurch gekennzeichnet, daß der Kolben (6) die Lanze (3) seitlich überragt.

30 9. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 4 bis 8, dadurch gekennzeichnet, daß der Gesamtquerschnitt der im Boden des Kolbens (6) angeordneten Bohrungen (18), die den Innenraum der Lanze (3) mit dem Raum (33) im Kolben (6) verbinden, größer ist als der Querschnitt der Öffnung (16), über welche der Hubraum (34) im Zylinder (10) mit dem Windkessel (1) verbunden ist.

35 10. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 4 bis 9, dadurch gekennzeichnet, daß der Kolben über eine Rollmembran (41) mit dem Zylinder (10) verbunden ist (Fig. 5).

40 11. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 4 bis 10, dadurch gekennzeichnet, daß für die Abfuhr der verdrängten Gase, an eine Saugpumpe (29) angeschlossene Lanzen (27) vorgesehen sind, wobei gegebenenfalls die Saugpumpe (29) auslaßseitig an ein Filter (31) angeschlossen ist (Fig. 4).

45 Hiezu 4 Blatt Zeichnungen

50

55

ÖSTERREICHISCHES PATENTAMT

Ausgegeben

25. 2.1993

Patentschrift Nr. AT 395 686 B

Int. Cl.⁵: B09B 3/00

Blatt 1









